

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

299 (2.7.1919) Mittagausgabe

Schicksalslos und Kriegsweter. Immer soll fortan in Wort und Tat die Vaterlandsliebe und Hoffnung der deutschen Treue...

Das Präsidium des Reichsbürgerrates: Dr. Wessel, Präsident, Dr. Meyer, Präsident, Absberg-München, Präsident, Dr. Schmidt-Eberfeld, Beisitzer.

Aus den besetzten deutschen Gebieten.

Aus der Pfalz. Dr. Ludwigshafen, 30. Juni. Die französische Besatzungsbehörde hat die Polizeikontrolle im Bereich der 8. Armee bis 12 Uhr nachts verlängert...

Die Einfuhr französischer Rotweine nach der Pfalz hat begonnen. Eine Pfälzer Weinhandlung kündigt das Eintreffen von 30 Waggons französischer Rotweine an...

Zwischen der Pfalz und Frankreich einschließlich Elzass-Lothringen wird ab 1. Juli ein Paketverkehr eingerichtet. Das Höchstgewicht beträgt 5 Kilo...

Dr. Ludwigshafen, 30. Juni. Die ersten Kriegsgefangenen sind nun auch in der St. Ingberter und Zentersrüder Gegend eingetroffen.

Die Treiberreisen im Saarland. Offenburg, 1. Juli. Ueber die Versuche, im Saarland eine französischfreundliche Stimmung heranzurufen geht uns aus diesem freundschaftlichen Bericht zu...

Zu den Verhaftungen des Oberamtmanns Dr. Holdecker des Oberamtsrichters Ruch und des Amtmanns Werber wird in dem Bericht sodann mitgeteilt, daß die beiden erstgenannten wieder freigelassen worden sind...

1. Juli. Die Franzosen haben an der Rheinbrücke die deutschen Wappen entfernt und durch französische ersetzt.

Unruhen und Streiks.

Der große Berliner Verkehrsstreik. Berlin, 1. Juli. Die Delegation der Großen Berl. Straßenbahn rechnet 1. B. 3. a. M. mit einer längeren Dauer des Verkehrsstreiks...

Heidelberg, 2. Juli. Das Staatsministerium hat unterm 7. Juni d. J. beschloffen, den ordentlichen Professor der Theologie an der Universität Heidelberg, Geheimen Kirchenrat Dr. Ludwig Lemme...

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Heidelberg, 2. Juli. Das Staatsministerium hat unterm 7. Juni d. J. beschloffen, den ordentlichen Professor der Theologie an der Universität Heidelberg, Geheimen Kirchenrat Dr. Ludwig Lemme...

Abchiedsfeier für Geh. Rat Dr. Baffermann.

Karlsruhe, 2. Juli. Die Mitglieder des Landestheaters veranstalteten Sonntag, den 29. Juni, nach der Vorstellung der 'Meisterlänger' für den scheidenden Amtmann eine Abchiedsfeier...

Der Geheimrat Dr. Baffermann selbst gab einen kurzen Rückblick über seine Tätigkeit. In feierlicher Weise zeigte er die Ehre und Kränze, die er erhalten hat...

Der Geheimrat Baffermann erhielt anlässlich seines Ausscheidens eine Reihe ehrender Telegramme und Schreiben. Das Präsidium der Genossenschaft der deutschen Bühnenschauspieler begrüßte ihn als einen ausgezeichneten Bühnenleiter...

Leitung und Schaffner, sowie die Führer der Autobusse haben heute vormittag ihren Dienst noch getan. Die Stimmung der Angestellten ist angeblich gegen den Streik...

D. Berlin, 1. Juli. Die Wirtschaftlichen Folgen des Verkehrsstreiks machen sich bereits bemerkbar. Einige Kohlenlieferungen für Berlin sind ausgeblieben...

D. Berlin, 2. Juli. (Privat.) Die Arbeiterausgänge der streikenden Straßenbahn- und Hochbahnarbeiter verammelten sich gestern zu einer Konferenz...

Der 'Freiheit' zufolge ist von Ministerialrat Leese erklärt worden, daß jeder Versuch seitens der Streikenden, neue Verhandlungen anzubahnen...

Am der Situation gerecht zu werden, findet heute vormittag um 10 Uhr in den Betrieben eine geheime Arbeiterversammlung statt...

Ein Aufruf des preussischen Arbeitsministers. Berlin, 1. Juli. Der Minister für öffentliche Arbeiten erläßt einen Aufruf, worin es u. a. heißt:

Den Wünschen der Eisenbahner folgend, stellt die Regierung wertvolle Auslandslebensmittel zu bedeutend herabgesetzten Preisen zur Verfügung...

Die Beamtenschaft ist sich nun allergrößten Teile ihrer Pflicht gegenüber dem Volk bewußt und bestrebt, mit den zahlreichen alleinstehenden Arbeitern den Verkehr vor dem Erliegen zu bewahren...

Zur Verhaftung des Geschäftsführers der Bankbeamten. Berlin, 1. Juli. Von der Staatsanwaltschaft wird uns mitgeteilt, daß die Verhaftung des Geschäftsführers des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten...

Der schöne Eindruck dieser Feier wird Herrn Geheimrat Dr. Baffermann ein willkommener Gegenstoß in den Ruhestand sein...

Rücktritt von Dr. Ludwig Dill u. Dr. Hermann Volz.

Karlsruhe, 2. Juli. Das Staatsministerium hat unterm 7. Juni d. J. beschloffen, die Professoren der Akademie der Künste Dr. Ludwig Dill und Dr. Hermann Volz ihrem Ansehen entsprechend auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand zu versetzen...

Ludwig Dill wurde am 2. Februar 1848 in Gernsheim geboren. Seine Studien als Maler legte Dill in München, Mailand, Rom, Neapel und Florenz...

Hermann Volz ist ein Karlsruher Kind (geb. am 31. März 1847). Nach dem ersten Unterricht bei Prof. Karl Steinhauser, der seit 1864 in Karlsruhe wirkte, widmete Volz sich in Rom dem Studium der Antike...

Die Volz 1889 das Gebirgsdenkmal für den Dichters Vaters Stadt Lübeck schuf, in der Stadt Karlsruhe nun ihm nach das Gebirgsdenkmal mit den umherstehenden Reliefs (1893) für das hiesige Mausoleum gestaltete...

kleine Zeitung. Der erste wirklich neue Stern. Bedeutsam, wenn in jüngster Zeit die Entdeckung eines neuen Sterns, einer Nova, gemeldet wurde...

Luftwärme in Karlsruhe. Am 30. Juni, mittags 9.26 Uhr: Barom. 749 mm, Therm. 15.0 Grad, abf. Feuchtigk. 7.4 mm, Feuchtigk. in Proz. 58, Wind S.W., Himmel bedeckt...

Wasserstand des Rheins. Schifferinsel, 2. Juli, morg. 6 Uhr: 2.97 m. (1. Juli 3.30 m.) Kehl, 2. Juli, morg. 6 Uhr: 2.99 m. (1. Juli 2.84 m.)...

Der erste wirklich neue Stern. Bedeutsam, wenn in jüngster Zeit die Entdeckung eines neuen Sterns, einer Nova, gemeldet wurde, gelang es, das Geschehen aus einem solchen vorher bekannt zu sein...

Der erste wirklich neue Stern. Bedeutsam, wenn in jüngster Zeit die Entdeckung eines neuen Sterns, einer Nova, gemeldet wurde, gelang es, das Geschehen aus einem solchen vorher bekannt zu sein...

das Geringste zu tun hat. Die Gründe dafür liegen auf ganz anderem Gebiete. Die Bankleitungen haben der Verhaftung vollkommene Zustimmung gegeben...

U. Berlin, 2. Juli. Zur Verhaftung Emonts tritt die Staatsanwaltschaft die Gründe mit, die zu seiner Festnahme geführt haben. Danach wurde Emont als der Verfasser eines an die kommunistische Zentrale gerichteten Schreibens festgestellt...

U. Magdeburg, 2. Juli. (Privat.) Die Vertragsmännerverhandlung der streikenden Metallarbeiter der Magdeburger Großindustriellen Werke beschloß, den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen...

U. Danzig, 2. Juli. (Privat.) Nachdem die Arbeitgeber nicht mit der Befürwortung der Angelegenheit einverstanden waren, haben die technischen und kaufmännischen Angestellten der Danziger Industrieunternehmen beschloffen...

U. Danzig, 2. Juli. (Privat.) Nachdem die Arbeitgeber nicht mit der Befürwortung der Angelegenheit einverstanden waren, haben die technischen und kaufmännischen Angestellten der Danziger Industrieunternehmen beschloffen...

U. Danzig, 2. Juli. (Privat.) Nachdem die Arbeitgeber nicht mit der Befürwortung der Angelegenheit einverstanden waren, haben die technischen und kaufmännischen Angestellten der Danziger Industrieunternehmen beschloffen...

U. Danzig, 2. Juli. (Privat.) Nachdem die Arbeitgeber nicht mit der Befürwortung der Angelegenheit einverstanden waren, haben die technischen und kaufmännischen Angestellten der Danziger Industrieunternehmen beschloffen...

Aus Italien.

Die Zensur in Italien aufgehoben. Rom, 1. Juli. Agenzia Stefani. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, wonach am Mittwoch, den 1. Juli die Zensur aufgehoben werden wird...

Zur Erdbebenkatastrophe in Italien.

o Basel, 1. Juli. Die italienischen Blätter bringen weitere Nachrichten über die Erdbebenkatastrophe in Norditalien. Der Herd des Bebens liegt nach den eingehenden Berichten im Apenninengebiet beim Monte Falterena...

U. Mailand, 2. Juli. (Privat.) Nach einer Meldung der 'Europa Press' wird jetzt die Gesamtzahl der Todesopfer infolge der Erdbebenkatastrophe auf 250 angegeben...

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Eheschließungen. 1. Juli: Wilt. Bender von hier, Kaufm. hier, mit Marie Landmesser von Bietzen; Johann G. Glotterbeck von Sutfeld, Bauhandl. hier, mit Karol. Duh geb. Anthon von Ewinnen...

Luftwärme in Karlsruhe.

Am 30. Juni, mittags 9.26 Uhr: Barom. 749 mm, Therm. 15.0 Grad, abf. Feuchtigk. 7.4 mm, Feuchtigk. in Proz. 58, Wind S.W., Himmel bedeckt...

Wasserstand des Rheins.

Schifferinsel, 2. Juli, morg. 6 Uhr: 2.97 m. (1. Juli 3.30 m.) Kehl, 2. Juli, morg. 6 Uhr: 2.99 m. (1. Juli 2.84 m.)...

Der erste wirklich neue Stern. Bedeutsam, wenn in jüngster Zeit die Entdeckung eines neuen Sterns, einer Nova, gemeldet wurde, gelang es, das Geschehen aus einem solchen vorher bekannt zu sein...

Der erste wirklich neue Stern. Bedeutsam, wenn in jüngster Zeit die Entdeckung eines neuen Sterns, einer Nova, gemeldet wurde, gelang es, das Geschehen aus einem solchen vorher bekannt zu sein...

Der erste wirklich neue Stern. Bedeutsam, wenn in jüngster Zeit die Entdeckung eines neuen Sterns, einer Nova, gemeldet wurde, gelang es, das Geschehen aus einem solchen vorher bekannt zu sein...

Der erste wirklich neue Stern. Bedeutsam, wenn in jüngster Zeit die Entdeckung eines neuen Sterns, einer Nova, gemeldet wurde, gelang es, das Geschehen aus einem solchen vorher bekannt zu sein...

Der erste wirklich neue Stern. Bedeutsam, wenn in jüngster Zeit die Entdeckung eines neuen Sterns, einer Nova, gemeldet wurde, gelang es, das Geschehen aus einem solchen vorher bekannt zu sein...

Der erste wirklich neue Stern. Bedeutsam, wenn in jüngster Zeit die Entdeckung eines neuen Sterns, einer Nova, gemeldet wurde, gelang es, das Geschehen aus einem solchen vorher bekannt zu sein...

Der erste wirklich neue Stern. Bedeutsam, wenn in jüngster Zeit die Entdeckung eines neuen Sterns, einer Nova, gemeldet wurde, gelang es, das Geschehen aus einem solchen vorher bekannt zu sein...

Aus Baden.

— Karlsruhe, 2. Juli. Der Haushaltsausschuss des abischen Landtags hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem 5. Nachtrag zum Haushaltsantrag für 1918/19 und zwar mit der zweiten Hauptabteilung betreffend das Ministerium der Justiz beschäftigt. Es werden hier insgesamt über 2 Millionen Mark angefordert. Unter den Anforderungen befinden sich die Nachtragserhöhungen für die Amtsgerichtsgebäude in Oberbach und Dreisach, sowie die Nachtragserhöhung für die Erweiterung des Justizgebäudes in Freiburg. Außerdem werden Beträge von über einer halben Million für die Wiederherstellung der Schäden vom Februarbrand in Mannheim angefordert. Sämtliche Anforderungen wurden vom Haushaltsausschuss genehmigt.

— Karlsruhe, 1. Juli. Die Landesvereinigung der abischen Lehramtskandidaten hat an die Abgeordneten aller Parteien ein längeres Schreiben übermittelt, in der die Lage der mittelständigen Beamten, die in den besten Jahren verheiratet sind, eingehend geschildert und die Forderung aufgestellt wird, jede Stelle, die dauernd notwendig ist, mit einem mittelständigen Beamten zu besetzen. Der Staat bewirkt eine Menge nötiger Stellen mit billigen Hilfskräften, den Praktikanten aus der Städte seien diesem Beispiel gefolgt. Während schon 1897 in Baden und Bayern auf 8 händiger höhere Lehrer 1 unständiger kam, in Sachsen sogar auf 11 und in Hessen auf 9, sei das Verhältnis in Baden nur 3:1. Genaue Wirkten an vielen Schulen anderer Länder, wobei ebenfalls hohes händiges Praktikum, wie Professoren, aber allezeit ein Kriegsverhältnis noch eine Rolle spielen. Diese Zustände seien nicht gerade ein Hindernis für unser eigenes Gemeinwohl. Es erhebe sich die Forderung, daß in einer Zeit, die sich so hart mit Schulreformen beschäftigt, auch die dringend nötigen einschlägigen Stellen besetzt werden. Der Lehrende müsse in jeder Beziehung, auch wirtschaftlich ein freier Mann sein, ihm solle ihm die Achtung der Schüler und Eltern und die Arbeitslust. Somit könne es nur als billige Forderung erscheinen, wenn von den abischen Lehramtskandidaten als dringlichste Maßregel die Herstellung des Verhältnisses von 3:1, d. h. auf 3 Professoren ein nichtständiger bezahlt wird.

Die neuen Zuschläge zu der Einkommen- u. Vermögenssteuer.

114 Millionen neue Steuern. — Karlsruhe, 2. Juli. Zum dritten Mal innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit legt das Finanzministerium dem Landtag eine Erhöhung der Einkommensteuer vor, die durch die vermehrten Anforderungen für den Staatshaushalt notwendig wird. Nach dem in dem im Druck erschienenen Gesetzentwurf über die neue Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer betragen die Zuschläge bei den Einkommensteuern von 2400 bis 4000 M. 20 v. H., bis 6000 M. 25 v. H., bis 8000 M. 40 v. H., bis 10 000 M. 45 v. H. und weiter bis 35 000 M. jeweils um 10 v. H. mehr steigend. In den Einkommensteuerebenen von 40 000 M. bis 200 000 M. steigt der Zuschlag jeweils um 20 v. H., jedoch ab bei 200 000 M. 250 v. H. und von über 200 000 M. 300 v. H. beträgt. Wie vorher sind auch jetzt die Einkommen bis zu 2400 M. zinslosfrei. Das Mehrerträgnis gegenüber der jetzigen Steuerertragsnahmen ist aus den Zuschlägen zur Einkommensteuer auf 47,8 Mill. Mark berechnet.

Zu gleicher Zeit ist auch eine beträchtliche Höherbelastung des Vermögens vorgesehen und zwar veranlagt, daß neben der durch das Gesetz vom 7. März 1919 erfolgten Erhöhung der Steuerertrags von 11 auf 12 Btg., die größeren Vermögen von 200 000 M. an mit einem weiteren Zuschlag von 20 bis 200 Btg. von je 100 M. Vermögen belegt werden sollen. Dieser Zuschlag wird aber nur von dem wirtsch. reinen Vermögen erhoben. Als Ertrag der Zuschläge vom Reinerwerb nimmt das Finanzministerium die Summe von rund 86 Mill. M. an. Der Ertrag der neuen Zuschläge zur Einkommen- und Vermögenssteuer dürfte sonach rund 114 Millionen Mark betragen.

In der Begründung zu dem neuen Steuergesetz wird aber bemerkt, daß es immerhin fraglich ersehe, ob dieses Mehrerträgnis von 114 Millionen tatsächlich erzielt werden wird, da infolge des Rückgangs der Vermögen mit beträchtlichen Ausfällen gerechnet werden müsse. Bemerkenswert ist, daß für die Zwecke der Gemeindeförderung die weitere Erhöhung der Zuschläge in den Einkommensteuern nicht in Betracht kommen soll.

Badische Chronik.

— Mannheim, 29. Juni. Der Arbeitslosentat hat am 18. Juni eine Entschärfung der Arbeitslosen übergeben, in der folgende Forderungen aufgestellt sind: 1. Beschaffung von Arbeit, 2. ausreichende Unterhaltung in der gleichen Höhe wie vor dem 1. April einschließlich der Sonntage, 3. Nachschaltung des Unterstütztes zwischen dem jetzigen und dem früheren Unterhaltungsgraden. Sollte diese Nachzahlung nicht sofort bewilligt werden können, soll bis zur endgültigen Regelung eine „Entschärfungssumme“ von 150 Mark für die Betroffenen, 100 Mark für die selbständigen Lebenden, 70 Mark für die über 18 und 50 Mark für die unter 18 Jahre alten Gewerbetätigen gezahlt werden. — Der Stadtrat erklärte zu 1., daß er immer bemüht ist, Arbeit zu beschaffen, zu 2. ist er an die gesetzlichen Vorschriften gebunden, will aber bei der Regierung für Erhöhung der gesetzlichen Unterhaltungsätze eintreten, zu 3. soll den Erwerbslosen nach dem Vorgehen der Stadt Karlsruhe eine einmalige Unterstützung aus Mitteln

Der Schatten.

Roman von Elise Stieler-Maxhall. Geheime Formel für den Schatz des Indus in den Vereinigten Staaten von Amerika. Copyright 1918 by Grothlein & Co., G. m. b. H., Leipzig. (78. Fortsetzung.) Als Hans und seiner jungen Frau ihr erster Christbaum brachte, mit seinem warmen Licht, rannen heiße Tränen über Gertruds Gesicht, sie kannte ihrer nicht Herz werden. „Nun ja“, tröstete die Mutter. „Das ist ja natürlich. Sie ist auch noch angegriffen. Solche Sachen machen für eine gute Weile weinerlich. Aber sieh mal, Gertrud, diesen Weihnachtsbaum hätte es ja doch noch nicht erlebt und wer weiß, was bis zum nächsten Jahre geschieht.“ Zu diesen mütterlichen Worten fand Hans eine scherzende Erwiderung und so wurde Gertrud über diesen wehmütigen Augenblick hinweggeholfen. Hansens Hauptgeschicht, ein Goldzeit mit einem reichgeschliffenen, funkelnden Brillanten, entzückte sie, beunruhigte sie aber fast ein wenig. Alles, was er für sie aussuchte, war gar so süßlich schön. Sie konnte sich daran nicht gewöhnen, sie, die aus Enge und schweren Geldsorgen kam. Später, als die Mutter schon hinuntergegangen war, brannete Hans die Lichterchen am Baume noch einmal an, nahm seine Geige und redete zu Gertrud in der Sprache, die seines Herzens eigenster Ausdruck war. Sie hatten kein anderes Licht als das vom Baume, das immer sanfter wurde, da ein Klammchen nach dem anderen flackernd und duftend seine Seele verhauchte. Und als der Raum dann völlig im Schatten lag, fand sich Hans zu Gertruds Füßen. Er erzählte ihr leise, oft nach Worten suchend, die Geschichte von Britta. „So, wie ich es Dir jetzt sage, so entspricht es der Wahrheit, wie ich sie erlebte. Ich weiß nicht, was man Dir berichtet haben mag.“

der Kriegswohlfahrtspflege zum Anlauf der letzten ausländischen Lebensmittel gewährt werden und zwar 25—100 M. je nach Familienstand und Kinderzahl. Die gleiche Unterstützung soll auch den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gewährt werden, die von dem badischen Heimatland laufend unterstützt werden.

(1) Fahr, 1. Juli. Landtagsabgeordneter Massa hat sein Amt als Stadtrat niedergelegt wegen Differenzen, die er mit dem hiesigen A.G.G.-Konzern hatte.

(2) Freiburg, 1. Juli. Entgegen der ursprünglichen Absicht, die Kreisumlagen nicht zu erhöhen, hat sich die Kreisversammlung des Kreises Freiburg dennoch genötigt gesehen, dieselbe von 2,5 auf 3,5 Pfennig pro 100 Mark Steuerkapital heraufzusetzen. Veranlassungen hierzu bildeten namhafte Aufwendungen für den gewerblichen Mittelstand, für soziale und gesundheitliche Fürsorge. Neben andern umfangreichen Zuwendungen wurde zur Förderung des Weinanbaus der Kreisbeitrag von 1000 auf 3000 Mark erhöht. Als Beihilfen für bedürftige Handwerkslehrlinge sind 6000 Mark vorgesehen, außerdem 3000 Mark als erstmalige Aufwendung für eine soziale Frauenschule, die, vom Kath. Frauenbund ins Leben gerufen, allen Konfessionen zur Verfügung stehen soll.

(3) Freiburg a. N., 1. Juli. Die Scharlachepidemie, die vor einiger Zeit ausgebrochen ist, ist im Rückgange begriffen. Es sind 50 Erkrankungen und 7 Todesfälle vorgekommen. Die Schulen müßten geschlossen werden. Man hofft, sie in 14 Tagen wieder eröffnen zu können.

(4) Neustadt (Schw.), 1. Juli. Scharke Bestimmungen hat der Bezirk Neustadt über den Fremdenverkehr vor dem 15. Juli erlassen. Wer sich länger als drei Tage in einem Orte des Bezirkes aufhalten will, muß über seine Erholungsbedürftigkeit das Zeugnis eines Amtsarztes beibringen, das jederzeit von dem anlässigen Amtsarzt nachgeprüft werden kann. Fremde müssen sich durch Unterschrift verpflichten, Sanftmütigkeit und Schicklichkeit in jeder Form zu unterlassen, Verstöße hiergegen, so haben sie sofortige Ausweisung zu gewärtigen.

(5) Lörrach, 1. Juli. Der Gemeinderat Lörrach hat im Hinblick auf den Ernst der Zeit alle Gesuche um Aufstellung von Kanals, Schiffschleusen usw. auf künftigen Blättern ablehnend beantwortet.

(6) Konstanz, 29. Juni. Die oberbadischen Zuchtgenossenschaften halten hier eine Ausschusssitzung ab. Darin teilte Bezirksrat Müller-Rodolff mit, daß während der Jahre 1917/1918 jährlich aus dem Landesministeriumsbestande Konstanz 48 000 Stück Großvieh und 23 000 Kälber für die Zivilbevölkerung angedruckt wurden. Ein Zentralmarktmarkt soll als Fahrenmarkt in Rodolff abgehalten werden.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 2. Juli. — Ausgabe der verbilligten Lebensmittel. Das badische Büro meldet aus Berlin: Der „Börs. Ztg.“ wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß mit der Ausgabe der verbilligten Lebensmittel am Montag, den 7. Juli, begonnen wird.

Die französische Militär-Kommission, welche erst kürzlich unsere Stadt verlassen hatte, ist am Montag wieder hier eingetroffen und hat abermals im Hotel „Germania“ Wohnung genommen. Sie besteht aus zwei Hauptleuten nebst Begleitmannschaft und Dolmetschern. Der Kommandant liegt wie bisher die Aufgabe ob, die Pöbelangelegenheiten für Elbf, Lothringen und die Rheinpfalz, die beim Abzug V. der neutralen Zone vorliegen, bis auf weiteres zu bearbeiten.

Der Zurückschaltung von Beamten hat das bad. Staatsministerium weiterhin bestimmt, daß Gesuche um Aufschub der Zurückschaltung wegen milder Wohnungsverhältnisse oder um Rücksicht auf die Ausbildung der Kinder — abgesehen von ganz besonders gelagerten Ausnahmefällen — nicht berücksichtigt werden sollen.

Der bisherige Führer des 14. A.-R. Generalleutnant von Gontard ist auf Wunsch der bad. Regierung von diesem Kommando entlassen worden und wird in den nächsten Tagen Baden verlassen. Als Nachfolger des Generalleutnants von Gontard, der in weiten Kreisen noch als Vertreter des alten preussischen Militärsystems galt, wurde im Ernennungsamt mit der bad. Regierung der bisherige Kommandeur der 57. Inf.-Brigade General von Dapaus ernannt, der ein geborener Badener ist und nach Infratritten des Reichswahrgesetzes zum bad. Landeskommandanten ernannt werden dürfte.

Der Verkehr mit Postpaketen freizieh und die Oberpostdirektion Karlsruhe: Die Veranlagung der Großstädte mit Lebensmittelgeschäften infolge Einschränkung des Eisenbahnverkehrs und Verkehrsbehinderungen vorwiegend mit der Post in Postpaketen. Dabei werden die Eisenbahnen in der Annahme, eine beschleunigte Beförderung zu erreichen, häufig mit der Aufsicht durch „Silboten“ versehen. Diese Annahme trifft jedoch nicht zu. Denn die Silbotenpakete werden zusammen und verpackt mit den anderen Paketen befördert. Erst am Bestimmungsort werden sie besonders ausgegliedert und durch „Silboten“ befördert. Die unrichtige Auffassung des Begriffs der Silbotenbeförderung bringt es mit sich, daß die als Eisenbahn gekennzeichneten Pakete sich in außerordentlichem Maße am Bestimmungsort häufen. Ein solcher Mißstand hat zur Folge, daß oft die Eisenpakete nicht früher in den Händen der Empfänger gelangen als andere gewöhnliche Pakete, ohne das Verlangen der Eisenbahn. Das Publikum läßt deshalb gut daran, das Silbotenpaket zu sparen. In der Deutscherzeitung herzu ist ferner die irrtümliche Meinung, nicht freigegeben oder nur nachnahme befristete Pakete würden früher befördert und erfahren eine Vorzugsbehandlung. Auch dies ist falsch; die Nachfristung verlangt die Beförderung der Pakete, da

Tiefenstunden hörte Gertrud zu. Es trüfferte in den Zweigen des Baumes, wie ein fremdes Klamm ging es durch das Zimmer. Hans schiederte die Qual seiner Gewissensqual, er verstand auch nicht, wie er sich nach dem ersten Begegnen mit Edita immer mehr verstrickt hatte, daß es jetzt wie Wahnsinn über ihn gekommen sei, als müsse er Britta nun lieben. Da saß Gertrud. Immer wieder war ein Erschauern in ihr.

Im Ende sagte Hans: „Was ich zuletzt erlebte, sollte kein Mensch erfahren. Dir aber muß ich es sagen, Gertrud. Auch Du sollst frei von diesem Schatten werden. Ich bin freigesprochen worden, Gertrud.“

Und er berichtete von seinem Traumergebnis an Brittas Grabe. Aber traurig erwiderte Gertrud: „Ist es nicht, als hätte die Tote uns zeigen wollen, daß dieses Losprechen nicht in ihrem Sinne sei? Noch in der Nacht wurde vernichtet, was unser höchstes Glück hätte werden sollen. . . . Kein, Hans, der Schatten schwand nicht und wir werden immer unter ihm frieren.“

Hans nickte sprang schnell empor und schaltete Licht ein. „Das ist es, was ich fürchtete. Gertrud, Du willst aus diesem Verhängnis einen Aberglauben machen. Weißt Du auch, was für eine furchtbare Gefahr für Dich und mich das wäre? Besinne Dich beizeiten, sei meine gesunde Gertrud. Wenn Du alles, was uns je Trübes geschieht, aus dieser Quelle entspringen lassen willst, Gertrud, Gertrud, das kann zum Wahnsinn werden. Du hättest schwere Aufregungen, Du bist gereizt und in allerlei innere und äußere Unruhe gekommen zu einer Zeit, als Du in tiefster Ruhe hättest bleiben müssen. Darum, darum gehsch das Betrüblige.“

„Ja, und die Aufregungen, die sind von Britta gekommen“, sagte Gertrud düster. Sie beruete das Wort, als sie erkannte, welchen starken Eindruck es auf Hans ausübte. Sie versuchte gut zu machen.

Berechnung und Einziehung des Portos Zeit erfordern, die für das frankierte Paket wegfällt. Es wird deshalb dringend geraten, von der Verbenbung der Pakete „durch Silboten“, mit Nachnahme, oder „unfrankiert“ nur dann Gebrauch zu machen, wenn dies wirklich nötig ist.

— Zum Warenstrahlung auf dem Rheine. Der Epa. Mannheim teilte mit, daß die C. F. R. C. am 18. Juni 1919 folgendes bekannt gibt: Da der Schammagel zwischen den beiden Ruhrfabriken, von der holländischen Grenze ab, immer weiter zunimmt und die Röhre gewisse Partien ihrer Ladungen, die auf den Manifesten als nach einem Rheinhofen der befestigten Bore bestimmt sind, unerlaubter Weise auf dem rechten Ufer ausladen, so wird jede Zuwiderhandlung gegen die von der C. F. R. C. erlassenen Schiffsfahrtsvorschriften sehr streng bestraft werden. Die Röhre, deren Ladungen bei der Ankunft nicht den auf den Manifesten gemachten Angaben entsprechen, werden beschlagnahmt; die Schiffsbesatzungen werden verhaftet und vor die Militärgerichte gestellt. Wenn Schiffer von den Nachbarn beschossen werden und Opfer der Waghalsigkeit derselben gemordet sind, so liegt das zum großen Teil an dem immer mehr zunehmenden Schleißhandel und Schammagel, der sowohl bei Tag als bei Nacht getrieben wird. Diese Sachlage, die nicht gebildet werden kann, hat zu schärferen Anweisungen Anlaß gegeben, wodurch natürlich eine gewisse Verlosigkeit des Bewachungspersonals hervorgerufen worden ist. Die Schiffer sollen ihren Dienst richtig versehen und sich nur um den Dienst kümmern, dann werden diese Zwischenfälle aufhören.

(1) Badischer Frauenverein. Der Badische Frauenverein in Karlsruhe eröffnet im September d. J. wieder die Waisenschule, die vor dem Kriege aus allen Teilen des Landes stark besucht war und sich großer Beliebtheit erfreute. Die Räume der Schule wurden während der ganzen Dauer des Krieges als Lazarett verwendet. Sie werden z. B. umgebaut, neu hergerichtet und werden nach Fertigstellung allen an eine neuzeitliche Schule mit Schülernheimen zu stellenden Anforderungen entsprechen. Auch der Unterricht selbst erfährt eine wesentliche Erweiterung durch die Einführung weiterer Unterrichtsfächer, insbesondere auf hauswirtschaftlichem Gebiet. Der neue aufgestellte Lehrplan bietet die Gewähr für eine gezielte und für künftige Hausfrauen oder Wirtschaftlerinnen umfassende Ausbildung der jungen Mädchen.

— Die Volkswirtschaft Karlsruhe schreibt uns: Auf Grund der immer breiter werdenden Wohnungsnot in hiesiger Stadt und im Hinblick auf die ministerielle Verordnung bezüglich des geschäftsmäßigen Betriebes von Wohnzimmern hat der Kommandant der Volkswirtschaft innerhalb anvier Tage eine Wohnungsschau vornehmen lassen und dabei festgestellt: es stehen zur Verfügung: 1 Zimmer in 342 Fällen, 2 Zimmer in 121 Fällen, 3 Zimmer in 91 Fällen, 4 Zimmer in 60 Fällen, 5 Zimmer in 41 Fällen, 6 Zimmer in 26 Fällen, 7 Zimmer in 14 Fällen, 8 Zimmer in 12 Fällen, 9 Zimmer in 3 Fällen, 10 Zimmer in 3 Fällen, 11 Zimmer in 4 Fällen, 12 Zimmer in einem Fall, 13 Zimmer in einem Fall. Die sich noch ergebenden Resultate werden baldig veröffentlicht.

— In unserem Expeditionsbureau sind von den spezialisierten Beamten des „Badischen Ausschusses für Lebensversicherungen und Jugendberziehung“, die am letzten Samstag und Sonntag hier kartierten, eine Reihe gut gelungener Aufnahmen, angeführt von der Photographin Hugel (Schützenstraße), ferner Bilder von den Badischen-Gedächtnisfesten in Badener Stadion und der Grämer-Abendgala ausgestellt.

— Kaffee-Bauer. Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr findet großes Sonderkonzert der verklärten Kapelle statt. (Siehe Anzeige.)

Der Karlsruher Milchpreis.

— Karlsruhe, 2. Juli. Unter dieser Überschrift wird amtl. geschrieben: „In Preisbericht des Stadtrats Karlsruhe ist mitgeteilt worden, der Stadtrat habe sich mit dem Minister des Innern über die Milchpreisfestsetzung gewisermassen geeinigt. Das ist, so glaubt man, ausgesprochen, nur nicht der Fall.“

Die seitens der Lebensmittelkommission mit dem Minister des Innern gepflogene Unterredung endigte mit einer Erklärung des Ministers, nach welcher für den Stadtrat die Aufhebung bestehen bleibt, den von der Regierung festgesetzten Höchstpreis für Milch anzuerkennen und damit auch anzuerkennen, daß der Höchstpreis der Regierung zu recht besteht. Diese Erklärung stütze sich auf die von dem Herrn Oberbürgermeister ursprünglich vertretene Auffassung, daß die Festsetzung des Verbraucherhöchstpreises für Kommunalverbände überhaupt nicht zur Zuständigkeit des Ministeriums gehöre.

Gegenüber dem Einwande, daß die Stadt Karlsruhe mit einem Verbraucherhöchstpreis von 63 Btg. nicht auskommen könne, hat der Minister die selbstverständliche Bemerkung gemacht, die rechtlichen Realitäten herüber objektiv nachsprühen lassen zu wollen und für den Fall, daß die höheren Preise tatsächlich nachgewiesen werden, in eine entsprechende Erhöhung des Verbraucherhöchstpreises einzuzwilligen. Damit ist kein Zwang gesetzt worden, daß der von der Stadt Karlsruhe festgesetzte Milchhöchstpreis gerechtfertigt sei, und daß das Ministerium von weiteren Schritten in dieser Sache absehe. Die Festsetzung des Verbraucherhöchstpreises den Städten zu überlassen, hat das Ministerium ausdrücklich abgelehnt, denn die höchsten Schichten des Volkes müßten in erster Linie immer nur die Regierung für die Befestigung der Höchstpreise verantwortlich, so daß diese infolge dessen auch auf ihren Einfluß nach dieser Richtung hin nicht verzichten kann.

Teigwaren ist noch, daß sich, mit Ausnahme von Karlsruhe, sämtliche Stadtverwaltungen des Landes an die von der Regierung festgesetzten Höchstpreise halten. Nur von der Stadt Mannheim tief noch der Antrag ein, den Verbraucherhöchstpreis für Butter etwas erhöhen zu wollen, um auf diese Weise die für Großstädte entfallenden höheren Speisezüge ausgleichen zu können.“

„Sicht mich nur, daß ich so töricht bin. Mutter hat recht, ich bin noch angegriffen. Wenn ich wieder ganz kräftig bin, dann werde ich keinerlei Schatten mehr spüren. Und wenn ich wirklich abergläubisch sein will, so muß ich jetzt sagen: es ist ja gut. Britta hat ihre Sühne. Leben für Leben. Unsere Hoffnung hat ihre Willen sterben müssen.“

„Doch nicht für immer, Gertrud. Leben, neues Leben, starkes junges Leben soll über alle Schatten der Vergangenheit triumphieren. Glaubst Du mir, kleine törichte Frau? Ich will Dich lehren, an das Leben zu glauben!“

Seit jenem Abend vor der Erholung hatte Gertrud wieder von Fritz lange nach dem jungen Menschen, der ihm in kurzer Zeit lieb geworden war. Keine wurde zu dem Herrn Sanitätsrat lange ins Haus geschickt, um Fritz für die Feiertage einzuladen.

„Von meiner freien Zeit möchte ich ihm gern soviel als möglich schenken“, sagte Hans, „es ist so schön, einem Menschen wirklich nützen zu können, ihm vorwärts zu helfen. Wir werden freilich den guten Peter entbehren.“

„Vielleicht auch nicht so sehr“, verziet Frau Hämmerling, aber Gertrud verbot ihr durch allerlei Zeichen jedes weitere Wort. Nun sah Fritz hinter der Kaffeetafel und einem Teller gehäuft voll Rosinen- und Mandelstollen, in Weimar Schmittge genannt, Frau Hämmerling hatte sich den ganzen Tag schon auf seinen Appetit gefreut und mußte jetzt ganz enttäuscht fest stellen, daß es damit weniger gut als sonst bestellt war. Fritz wehrte allem Abtügen. Er zwang sich zum Essen, zwang sich zu Fröhlichkeit, wie gut spürte man den Zwang in jeder lauten Gelächter, in jedem lustigen Wort. Denn Fritz war unerfahren in allen Künsten der Verstellung und Heuchelei und was aus seinen Augen herauschaute, sprach seinen Lippen. Sohin, strafe unerschleiert keine vernünftige Art Lügen.“

(Fortsetzung folgt.)

Steuern, Politik und Wirtschaft.

Rechtsanwalt Dr. Max Homburger, Karlsruhe.

Der Nationalversammlung sind die neuen Steuerentwürfe vorgelegt. Mit deren Beratung und der endgültigen Entscheidung darüber übernimmt die gesetzgebende Körperschaft für Gegenwart und Zukunft eine riesengroße Verantwortung.

Jeder Steuerzahler darf verlangen, daß die Volkswirtschaft in Weimar bei Beratung und Schaffung der neuen Steuergesetze einzig und allein sich darnach richtet:

Die neuen Steuern müssen bedingungslos dem Gebot steuerlicher Gerechtigkeit entsprechen. Allgemeinheit und Gleichmäßigkeit sind die hierfür grundlegenden Faktoren.

Die neuen Steuern müssen aufgebaut werden auf der Leistungsfähigkeit des Volksganges und müssen Rücksicht nehmen auf die Steuerzahler.

Die Steuerarten und Steuerreform müssen organisch gefunden werden aus der jetzigen Lage, ohne Rücksicht auf veraltete, bisher oft fiktiv übernommene Anschauungen.

Die Steuergesetze müssen klar, bestimmt und eindeutig abgefaßt werden. Ihre Sprache darf keinen Zweifel über den Willen des Gesetzgebers aufkommen lassen.

In die Praxis umgesetzt bedeuten diese Forderungen zum Beispiel: Indirekte Steuern dürfen nicht mit einem dem Reichtum überproportionalen Satz grundsätzlich abgeholt werden.

Die Kriegsgewinnsteuer muß den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Das im Wahlkampf überall gestellte Verbot, alle Kriegsgewinne reißlos zu erfassen, muß jetzt der klaren, rein rechtlichen Erwägung der Frage weichen, ob es nicht für das Reich die Einzelheiten und die Gemeinden besser ist, wenn man teilweise die Kriegsgewinne den Steuerpflichtigen beläßt, um sich dadurch eine dauernde Steuerquelle zu schaffen.

Alle Verufe und Klagen der Bevölkerung müssen unter dem Gesichtspunkt steuerlicher Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit gleichmäßig berücksichtigt werden. Es geht nicht an, daß Abgeordnete oder Fraktionen mit Rücksicht auf ihre Wähler oder auf häufige Wähler Vorrechte für einzelne Stände oder Klassen verlangen.

Bei der Steuererhebung muß auf die Steuerpflichtigen weitgehend Rücksicht genommen werden. Durch Retentionszahlungen und Annahme geldwerter Güter kann der Fiskus bedeutend entgegengewirkt werden.

Das Recht der Steuerbewilligung war und ist eines der wichtigsten und vornehmsten Rechte jedes Parlaments.

Aber die Frage, welche neuen Steuern zu schaffen sind wie man sie ausbauen und gestalten will, — diese Frage darf nicht zur politischen im obigen Sinne gemacht werden. Die allein hierbei maßgebenden Punkte werden oben kurz dargelegt.

Auf die im Februar 1919 veröffentlichten Entwürfe der neuen Steuergesetze hat eine lebhafte öffentliche Kritik eingewirkt.

So wird es nach § 24 der Vorlage dem Steuerpflichtigen ermächtigt, ohne allzu große Schwierigkeiten und Formalitäten für seine Steuerpflicht Zahlungsfrist bis zu 5, 10 oder 20 Jahren zu erhalten.

Die Stundung kann widerrufen werden, wenn die Sicherheit nicht gegeben wird, oder wenn die Gründe für die Bewilligung der Stundung weggefallen sind.

Die Stundung kann widerrufen werden, wenn die Sicherheit nicht gegeben wird, oder wenn die Gründe für die Bewilligung der Stundung weggefallen sind.

Die Stundung kann widerrufen werden, wenn die Sicherheit nicht gegeben wird, oder wenn die Gründe für die Bewilligung der Stundung weggefallen sind.

Die Stundung kann widerrufen werden, wenn die Sicherheit nicht gegeben wird, oder wenn die Gründe für die Bewilligung der Stundung weggefallen sind.

Die Stundung kann widerrufen werden, wenn die Sicherheit nicht gegeben wird, oder wenn die Gründe für die Bewilligung der Stundung weggefallen sind.

Die Stundung kann widerrufen werden, wenn die Sicherheit nicht gegeben wird, oder wenn die Gründe für die Bewilligung der Stundung weggefallen sind.

Die Stundung kann widerrufen werden, wenn die Sicherheit nicht gegeben wird, oder wenn die Gründe für die Bewilligung der Stundung weggefallen sind.

Die Stundung kann widerrufen werden, wenn die Sicherheit nicht gegeben wird, oder wenn die Gründe für die Bewilligung der Stundung weggefallen sind.

legen sein lassen, jede wirtschaftliche Schädigung des Steuerpflichtigen möglichst zu vermeiden.

Eine Veränderung der Regierungsvorlage gegenüber dem früher veröffentlichten Entwurf von größter Bedeutung ist die Bestimmung in § 31, monach der Steuerpflichtige verlangen kann, daß Vermögenseinbußen berücksichtigt werden, die er nachweislich vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919 erlitten hat.

Der Veranlagungszeitraum für die Berechnung erzielter Kriegsgewinne ist die Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1918. Man hatte bisher allgemein gefürchtet, daß der Vermögensstand, wie er am 31. Dezember 1918 war, automatisch die Grundlage der Kriegsgewinnsteuer bilden werde.

Dieser Gedanke hätte mit Recht eine große begründete Verurteilung in weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen. Bekanntlich sind ohne Zutun und gegen den Willen vieler Steuerpflichtiger seit 31. Dezember 1918 in ihrem Vermögensstand erhebliche Veränderungen eingetreten.

Sie wären gar nicht in der Lage gewesen, Steuern zu bezahlen, die berechnet worden wären nach ihrem Vermögensstand per 31. Dezember 1918. Die neue Bestimmung gibt weitgehend die Möglichkeit, alle wirtschaftlichen Veränderungen zu berücksichtigen, die nach dem 31. Dezember 1918 eingetreten sind, die also einen einmal vorhanden gewesen Kriegsgewinn ganz oder teilweise aufheben haben.

Unverkündet bereits bei den Bilanzen für das Geschäftsjahr 1919 die Kaufleute auf diese Bestimmung Rücksicht zu nehmen haben, wird eine wichtige und schwierige Frage der Praxis werden. Sehr wesentlich ist weiter die Veränderung der Vorlage gegenüber dem Entwurf über die Anrechnung von Beträgen, die in den Kriegsjahren zu Anschaffungen verwendet worden sind.

Somit es sich nicht um den Erwerb von Gegenständen aus Edelmetall, von Edelsteinen, Luxusgegenständen aller Art, Kunstwerken und Sammlungen handelt. Unverkündet lautet die Bestimmung, daß dem Endvermögen hinzuzurechnen seien Beträge, die im Veranlagungszeitraum zu Anschaffungen jeder Art verwendet worden sind, die hierfür vertriebenen Beträge zusammen 10 000 M. übersteigen.

Diese Bestimmung ist in der Vorlage jetzt dahin abgemildert, daß die Beträge für alle Anschaffungen nicht hinzu gerechnet werden müssen, die dem gewöhnlichen Bedarfs des Steuerpflichtigen oder seines Haushalts dienen.

Auch beim Erwerb anderer Gegenstände findet eine Anrechnung nur statt, wenn der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand 500 M. oder mehr beträgt und wenn für solche Anschaffungen während des Veranlagungszeitraumes zusammen mehr als 10 000 M. ausgegeben wurden.

Auch diese Veränderung wird wirtschaftlichen Bedürfnissen gerecht und entspricht einem Gebot der Billigkeit. Entsprechend dem Entwurf läßt die Vorlage für den Steuerpflichtigen die fortlaufende Zubehörsachen zum Zwecke des hauswirtschaftlichen oder der Ausbildung des Bedienten darzustellen, die für Pensionen ohne Vermögensverpflichtungen angekauft worden sind, die übliche Gelegenheitsgeschenke oder Zuwendungen zu kirchlichen, mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken sind, wenn sie unter 1000 M. bleiben.

Der frühere Entwurf schloß über die Steuerfreiheit auch dieser Geschenke aus, wenn man beim Steuerpflichtigen die Absicht der Abgabebewahrung annehmen mußte. Hier hat die Vorlage eine wesentliche Veränderung dadurch angeschlossen, daß die Steuerfreiheit nur dann anschießt, wenn die Absicht der Abgabebewahrung bei dem Steuerpflichtigen angenommen werden muß.

Im Erlass des Reiches „berücksichtigung Abgabebewahrung“ durch die abgelehnte Abgabebewahrung liegt zweifellos ein tiefer Sinn. Es soll auch in diesem Falle möglichst weit Erleichterungen Rechnung getragen werden, die einmal während des Krieges aufgetreten sind.

Auch sonst enthält die Vorlage gegenüber dem Entwurf eine Reihe kleinerer und größerer Abänderungen, die offensichtlich alle vorgekommen sind, um den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Es sind teils Verbesserungen, die nach den Erfahrungen der letzten Jahre notwendig sind, teilweise Milderungen, deren Vornahme sich ebenfalls als erforderlich herausgestellt hat.

Es bleibt jetzt abzuwarten was die Nationalversammlung mit der Vorlage anfangen wird. Als ganz sicher kann man annehmen, daß der Vorlage zugrunde liegende Gedanke Gehör und Beachtung finden wird. Und hoffen muß man, daß nicht nur die Milderungen der Vorlage gegenüber dem Entwurf beibehalten werden, sondern daß die Nationalversammlung von sich aus noch eine Reihe weiterer Bestimmungen einzubringen hat, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Gesamtheit und des Einzelnen weitgehend Rechnung tragen.

Zur Erhaltung des Reiches müssen sehr große Mittel bewilligt und aufgebracht werden. Das Reich braucht jedes Jahr ein Vielfaches der Summe, die im Jahr 1913 für den Wehrbeitrag aufgebracht wurde. Das Aufbringen jener einer Milliarde schon damals schon eine fast unauflösliche finanzielle Leistung.

Das höchste Maß der Anstrengung des Reiches ist aber gegeben durch die besten Kräfte des Reiches der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Steuerzahler. Die wirtschaftliche Leistung muß erhalten bleiben. Sie darf nicht durch eine der zwei großen Steuern oder Abgaben erschöpft und vernichtet werden.

Nur wenn die Menge der leistungsfähigen Steuerzahler in ihrer Wirtschaftskraft erhalten bleibt, kann sie weiterhin die Mittel aufbringen, welche die Quelle dauernder künftiger Steuern bilden.

Es wäre unter aller Todesart, wenn die jetzt vorgesehenen Steuern unsere Einzelwirtschaft vernichten oder so schwächen würde, daß sie sich in absehbarer Zeit nicht mehr erholen könnte. Man muß immer bedenken, daß bei uns Gewerbe, Handel und Industrie ganz neu aufbauen müssen. Dieser Aufbau geht unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen vor sich.

Wenn auch Geldbedarf in Form von Banknoten und Papier vorhanden ist, so fehlt doch das Wichtigste, nämlich Rohmaterial und Waren. Weibes hat der Krieg verbraucht und zerstört. Wenn auch das Reich für die im Krieg verbrauchten Güter mit seinem Geld bezahlt hat, so ist durch den Verlust dieser Güter der Einzelne und die Gesamtheit doch um viele Milliarden ärmer geworden.

Der oft angeführte Satz, daß Geld bleibt während des Krieges im Lande, ist ein wirtschaftlich und finanzpolitisch ein Irrsinn. Die wirklich geschriebenen Güter sind verschunden oder verbraucht. Sie können teilweise gar nicht, teilweise nur mit der größten Aufwendung neu beschafft werden.

Entscheidend man deshalb den Hauptbestand unserer Wirtschaft und Steuerkraft, nämlich den kaufmännischen Unternehmungen durch Steuern und Abgaben abzugeben Mittel, die ihnen heute zu Gebote stehen so nimmt man ihnen die Möglichkeit, sich wieder die Güter anzuschaffen, die sie zum Wiederaufbau ihrer Existenz und damit zur neuen Schöpfung unserer Gemeinwirtschaft benötigen. Und das taugt in jetzt greifbarer Form ein Projekt auf, das schon seit Jahren bei vielen Sachkundigen die schwersten Bedenken erregt hat.

Es handelt sich um die vorgesehene allge-

meine große Vermögensabgabe. Diese Vermögensabgabe soll die nach Einzug der Kriegsgewinnsteuer verbleibenden Vermögen erfassen und teilweise einziehen. Es ist an dieser Stelle nicht möglich und jetzt auch noch nicht an der Zeit, alle die schwerwiegenden Bedenken darzulegen und zu begründen, die man aus einer solchen Maßnahme befürchtet.

Vermehrte Steuerflucht, Vermehrung für Handel und Industrie und Erträgen jeglichen Unternehmungsgebietes sind aber einzelne Stichworte, die zum Nachdenken anregen.

Wir wollen überzeugt sein und hoffen, daß die Volkswirtschaft, wenn die Vorlage an sie gelangt, alle diese schweren Bedenken eingehend prüft und würdigt, bevor sie aus dem Gedanken einen Gesetz macht. Öffentlich wird diese Vorlage nicht in einem Sturmen zwei Mal gelesen und erörtert, wie es jetzt bei Schöpfung des Gesetzes über die Ausnahmestrichung der Renten gemacht wurde.

Unsere ganze Steuerkraft steht und fällt mit unserer Wirtschaftskraft. Wer diese nicht beruhtigt, nimmt dem Reich die Möglichkeit, für jetzt und in Zukunft die Mittel aufzubringen, die es zum Leben braucht.

Turnen, Spiel und Sport. Dra. Der Turnausflug der Deutschen Turnerschaft wird im Herbst eine Verjüngung der Kreisturnvereine einberufen, die sich mit der Erledigung verschiedener brennender gewordenen Fragen befassen soll.

So soll der Fachausschuss in Zukunft bestehen aus dem 1. und 2. Vorsitzenden, 2 Kreisvertretern, 3 Kreisturnwarten, 2 Kreispietwarten und je einem Vertreter für Fechten und Schwimmen. Außer den Deutschen Turnfesten, die alle fünf Jahre befristlich stattfinden, will die Deutsche Turnerschaft im zweiten Jahre nach dem Deutschen Turnfest ein Spielfest, im dritten Jahre ein allgemeines Dortschüler-Turnen veranstalten, denen im vierten Jahre ein allgemeines deutsches Frauenturnen anschließen soll, das in seinen Grundzügen den Deutschen Turnfesten nachgebildet ist.

Den Gauen und Kreisen wird daher vom Turnausflug die Einstellung von Gau- bzw. Kreis-Frauenturnwarten empfohlen. Dra. Städtische Spiel- und Sportanlagen. Die Stadtverwaltung von Reibitz beschloß, auf dem Sportplatz Obermarkt eine Laufbahn zu errichten und bewilligen hierzu 44 000 M. — Die Stadtverordneten von Jost (Paus) beschloßen, die Kasbahntischen in einen großen Sport- und Spielplatz umzuwandeln. Kosten 350 000 M. — In der letzten Stadtratssitzung zu Rützingen wurde einem Antrag der Arbeiterturnvereine auf Schaffung eines Sports- und Spielplatzes zugestimmt.

Der Magistrat von Scherz (Medienburg) hat sich bereit erklärt, mit den Bauamt über die Errichtung der Marktschulhalbinsel zum Spiel- und Sportplatz und der Reithalle zu einer Volksturnhalle in Verhandlungen einzutreten. # Heberlassung von Erzgerleuten und Schwimmhallen an die Verbände für Heberlassungen hat der preussische Kreisrat durch erneuten Erlass angeordnet. Die Heberlassung soll sofort erfolgen.

Dra. Die Stadt Charlottenburg hat dem Deutschen Reichsausschuss für Heberlassungen an den Unterhaltungsstellen des Stations einen föderalen Zuschuß bewilligt. Der Reichsausschuss stellt dafür der Stadtverwaltung eine Reihe Jahresüberschüsse zur Verfügung.

Eingefandt. Ein Vorschlag zur Abhilfe der Wohnungsnot. # Karlsruhe, 2. Juni. Wir werden um Aufnahme nachstehender Zeilen ersucht: Viele ledige unabhängige Damen und Herren, die bisher Wohnung von mehreren Zimmern inne hatten, würden gern auf diese Freiheit verzichten, wenn Ihnen ein schönes gemeinsames Wirtshaus geboten würde.

Es gehört ohnehin für diese allein stehenden Leute nicht zu den Annehmlichkeiten, unter den heutigen schwierigen Lebensverhältnissen einen eigenen Haushalt zu führen und für manche Familie mit Kindern würde die bisher nur halb ausgenutzte Wohnung frei werden. Es ist dabei nicht an den Neuanbau gedacht, sondern es läßt sich gewiß ohne allzu große Kosten eines unserer öffentlichen Gebäude in Wohnungen von je einem bis zwei Zimmern umgestalten.

Die Bewohner würden ihr eigenes Möbel mitbringen und, was sie zuzusetzen haben, bei den heutigen guten Möbelpreisen leicht und vorteilhaft veräußern können. Erhalten würde sich das Heutzutage, da jeder einzelne Miet- und Pension zu zahlen hätte und dabei immer noch besser und billiger wäre, als bei der bisherigen einzelnen Lebenshaltung. Vortelle genug, das Haus rasch zu besetzen. Für die Verwaltung würde sich ohne Schwierigkeiten ein Privatunternehmer finden, wenn nicht, so wäre es auch für die Stadt kein unrentables Geschäft, dieses Ledigenheim in eigene Verwaltung zu nehmen. R. W.

Handel und Verkehr. dt. Mannheim, 30. Juni. Die Bonifanten Rheinische Kreditbank, Süddeutsche Diskontogesellschaft A.G., Bank für Handel und Industrie und Dresdener Bank, Filialen Mannheim, werden ab 1. Juli eine Devisen-Vermittlungsstelle hier errichten, die den direkten An- und Verkauf von Devisen bei der Reichsbankdirektion ermöglichen. Der Devisenstelle wird von 11—412 Mz eine direkte Leitung nach Berlin zur Verfügung gestellt, wodurch die amtlichen Devisenkurse um 1/2 Mz in Mannheim bekannt sein und die Aufträge sofort erledigt werden können und für die süddeutsche Geschäftswelt eine große Erleichterung und viel Zeitgewinn bedeutet.

Verzessen Sie nicht eine Tube Zahnpaste Chlorodont für Reise und Landaufenthalt mitzunehmen. A 224

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen etc. besaßigen wir mittelst unseren unübertroffenen Vertilgungsmitteln. Abonnement für Hausbesitzer. D. V. G. U. Anton Springer Karlsruhe, Ettlingerstrasse 51, Telephon 2340

Stark- u. Haus- Wäsche wird zu jeder Zeit zum Stärken, Waschen u. Bügeln angenommen. Lieferzeit binnen 14 Tagen. Annahmestelle: Kronenstr. 17a bei Joss. Auch werden noch Annahmestellen angenommen. Dampf-Waschanstalt Berthold Roll, Bulach, 8027. Neue Anlage Nr. 5. Telephon Nr. 3186.

Miel-Verträge Hotel od. Rest. Entsch. Kaufmann, 40 Jahr alt, led., 50 Jahre Vermögen, wünscht das. Christen, am liebst. Einbeirat, Witwe nicht ausgeschlossen, Reichweinens bei ansehender und erblühter Welt. Ansuchen unter Nr. 327365 an die Bad. Presse. Eine Frau emblett 40 Jahr alt, led., 50 Jahre Vermögen, wünscht das. Christen, am liebst. Einbeirat, Witwe nicht ausgeschlossen, Reichweinens bei ansehender und erblühter Welt. Ansuchen unter Nr. 327365 an die Bad. Presse.

Geschäftsverlegung. Am 1. Juli ds. Js. verlegte ich mein photogr. Atelier von Amalienstr. 85 nach Ruppurrerstraße 16. H. Schmeiser, Photogr., Ruppurrerstraße 16.

RIETTA Parfümerie Frankfurt am Main. Hautkrem, Haarwasser, Kamillen-Extrakt, Frisierkrem, Teerseife, Kamillen-Seife. Erstklassige Parfüms. Man verlange Preisliste!

Stark- u. Haus- Wäsche. wird zu jeder Zeit zum Stärken, Waschen u. Bügeln angenommen. Lieferzeit binnen 14 Tagen. Annahmestelle: Kronenstr. 17a bei Joss. Dampf-Waschanstalt Berthold Roll, Bulach, 8027. Neue Anlage Nr. 5. Telephon Nr. 3186.

